

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Druck-Verlagsgesellschaft
Verlagsnummer 28 241
Zur Nr. Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die Spalten 37 mm breite Seite 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Einfluß u. Wohnungsmarkt, 1/2spaltige An- u. Verträge 25%, Wohnungsanzeigen laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen Voranbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Merkelstraße 28/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unrechtmäßige Entnahmen werden nicht aufgemerkt.

Große
Möbel-Ausstellung
Altmarkt Roth & Co. Herzfeldhaus

KIOS
CIGARETTEN

Kronen Lampen
Antiquitäten
Kretzschmar, Bösenberg & Co.
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz)

Die Verjöhnungspolitik des Reichskanzlers.

Dr. Wirths Rede im Reichswirtschaftsrat.

(Zusammenfassung seiner Rede im Reichswirtschaftsrat am 8. Juni.)
Berlin, 8. Juni. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat, wie wir einem Teil der Leser bereits kurz gemeldet haben, heute eine Vollversammlung in der Reichskanzlei abgehalten. Die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Ultimatum erwachsen, ist nicht allein die Frage, wie wir das Ultimatum erfüllen wollen, die einzelne, die uns angeht, sondern auch die Frage der Überführung, des Landes unserer Brüder, das in schwerer Not steht. Wir haben in unserer auswärtigen Politik, auch was die oberste politische Frage

angeht, dem Gedanken Rechnung getragen, der der Verjöhnung unserer Politik ist. Auch in der obersten politischen Frage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zur internationalen Kommission und zu den Völkern auf dem Boden der Verständigung zu lösen, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben, und ohne daß ein allgemeiner Bürgerkrieg in Europa ausbricht. Das Recht, das die oberste politische Frage auf dem Boden des Rechtes geltend machen muß, ist im Verlaufe der Verhandlungen vorgezeichnet. Das ist eines der wenigen und verbleibenden Rechte, denn man sieht angeblich nach vielen Meistern im Friedensvertrag für das deutsche Volk; aber von diesem Recht, daß die oberste politische Frage

nicht durch Diktatur entschieden werden darf, dürfen wir niemals ablassen. Nun handelt es sich darum, daß wir in der obersten politischen Frage nicht die Kerben vertiefen. Es können da und dort Erörterungen eintreten und sind eingetreten. Bewußt bedauern wir es am meisten, wenn da und dort, wo sich Leute mit den Waffen in der Hand gegenüber stehen, irgendeine aggressive Handlung erfolgt, aber darüber ist sich doch die Welt klar, daß das deutsche Volk in Oberdeutschland und der Selbstbehauptung eine unerschütterliche Basis hat. Diese Basis haben die Welt selbst schwer verletzen kann. Diese Basis machen wir ihnen auch fernerhin zur Pflicht, daß sie ausüben, bis durch einen Schiedsspruch der allierten Mächte die Frage gelöst ist. Sie kann nur gelöst werden unter gerechter Würdigung des obersten politischen Lebens, und ich würde nicht, wie die Welt selbst zur Demokratie bekennen, an dem offenen Bekenntnis des obersten politischen Lebens, das sich mit großer Mehrheit für Deutschland entschieden hat, vorbeigehen können. (Sehr richtig.) Das wird der Prüfstein sein für die demokratische Entwicklung Europas, ob das Recht des obersten politischen Lebens Gehör findet. Es muß dieses Gehör finden. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, in den Ihnen nachstehenden Kreisen dazu beitragen zu wollen, daß wir uns fassen auf das Recht und auf die großen Opfer, die unsere obersten politischen Brüder gebracht haben. Darum habe ich die erste Gelegenheit benutzt, um Sie zusammengekommen sind, um mich in Ihrer Bitte vorzustellen und Sie zu bitten um Ihre Mitarbeit an der großen Aufgabe.

Erfüllung des Ultimatum.
Die letzte Regierung will erfüllen, was in Meinungsfragen steht. Wir wissen, daß akademische Erörterungen, daß die Denkschriften, mögen sie noch so ausgezeichnet gearbeitet sein, die Welt nicht belehren können. Allein das Leistungsprinzip, allein die Handlungen, die wir zur Erfüllung des Ultimatum nicht in letzter, mindestens in vorletzter Stunde bereits getätigt haben, und noch tätigen wollen, können die Welt von dem guten Willen des deutschen Volkes überzeugen, alles aufzubieten, was in Menschenkräften liegt. Dazu brauche ich Ihre Mitarbeit. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich entscheiden, ob der Reichswirtschaftsrat im deutschen Volk eine große Bedeutung bekommt oder nicht. Ich werde jederzeit in den großen Fragen, die es zu lösen gibt, Gelegenheit nehmen, in den Ausschüssen — dort liegt ja der Schwerpunkt — mit Ihnen die nötigen Maßnahmen zu beraten. Es handelt sich insbesondere um die Ausfuhrabgabe, um den Zoller. Davon hat sich die Welt wohl heute schon überzeugt, daß die Form, in der die Prozentsatz Ausfuhrabgabe getätigt werden soll, nicht Rücksicht nimmt auf die Hauptsache, auf die es ankommt, auf die

Behebung der deutschen Wirtschaft.
Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft sind auch Schwierigkeiten für die europäische und die gesamte Weltwirtschaft, und wenn man nicht weltwirtschaftlich denkt in Fragen der Reparation, wird die Welt niemals einer neuen Wohlstand entgegengeführt werden können. Wenn Sie also mit uns in den Ausschüssen erste Beratung führen über die Ausfuhrabgabe, über die Einführung eines neuen Zoller, arbeiten Sie nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die ganze Welt und für das unglückliche Europa insbesondere. Der Schwerpunkt liegt jetzt in den Einzelmaßnahmen. Wir müssen in unsere Leistungen vorbringen zur Erfüllung der Reparationsaufgaben. Das ist die gigantische Aufgabe, die die Welt je gesehen hat. Ich erinnere mich noch aus den Tagen der Nationalversammlung, als damals die ersten Probleme der finanziellen Bewältigung vorgelegt wurden, wie verständig alles beurteilt worden ist. Schauen Sie heute

die Steuereingänge der letzten Monate an. Mag man auch über die Steuergleichgebung denken, wie man will. Niemand hätte damals geglaubt, daß wir

in einer so verhältnismäßig kurzen Zeit des Veranlagungs-geschäftes alles in allem weit über 40 Milliarden Mark im Geschäftsjahre 1920 vereinnahmt haben. Wenn man dem Optimismus freien Lauf lassen wollte, bräunte man überhaupt keine Politik zu machen. Politik ist der Weg des Optimismus, der Weg des Nutes, der die Dinge angreift. Politiker, die nicht diese Politik machen, verhandeln vom Schaulust und andere werden an ihre Stelle treten, aber auch diese nicht mit hängenden Mäpfern und hängenden Ohren, sondern auch mit dem Mute, die Dinge zu wehren. Die Zucker- und die Zuckerversteuerung liegen beim Reichsrat. Die Brauweinsteuer vorlage ist bereits bei seinen Ausschüssen durchberaten und wird dem Reichstag schon in der nächsten Woche zugehen. Die Kapitalertragssteuer sind im Finanzministerium fertig und dieses wird Ihnen die Vorlagen in den nächsten Tagen zur Verfügung stellen. Die Getränkesteuer ist auch vorbereitet. Dieselbe ist in der Zeit bei der Umsatzsteuer, die auch in wenigen Tagen in der Beratung zu weit fortgeschritten ist, daß mit Ihren Ausschüssen Fühlung genommen werden kann. In dieser letzten Frage liegt ein außerordentlich großes Problem, das sich mit der Frage berührt, inwiefern die Ausfuhrabgabe mit dem inneren Umlag in Verbindung gebracht werden kann. Manche von Ihnen werden sagen: Das geht nicht alles nicht. Mag sein; wenn ich mir aber die gütliche Ausgestaltung der in Vorbereitung befindlichen Geleitzurücknahme vorstellen, werden wir dem Reich ein

sehr großen Teil neuer Einnahmen zuführen können. Dann allerdings werden neue Probleme aufstehen im Zusammenhang mit der Kohle und wie weit das Reich genötigt sein wird, die Frage der Goldwerte zu diskutieren. Bekommen Sie nicht gleich rote Köpfe. Ich persönlich werde mich freilich von jedem Experiment, das von vornherein den Charakter des Experiments an der Stirn trägt. Aber wenn unsere Politik ein Erfolg sein soll — und sie war doch nicht ganz ohne Erfolg, denn die internationale Spannung der Welt ist eine außerordentliche geworden —, dann müssen wir die Entspannung aufrecht erhalten und pfleglich behandeln, damit neuer Handstreich nicht eintreten kann. Das Problem der Verzinsung muß von allen Seiten mehr in Angriff genommen werden. Eine Opfer wird es nicht geben. Alle Kräfte des Volkes müssen sich darüber klar sein, daß ohne Opfer ein Weg zur Freiheit für das deutsche Volk nicht gefunden werden kann. Nicht der Gedanke der Schlachtfelder und neuer Kämpfe weist der deutschen Regierung Ziel und Weg, sondern durch Arbeit, durch Produktion allein kann die Freiheit dem Vaterlande wiedergewonnen werden. In diesem Gedanken bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und tatkräftige Mitarbeit.

Direktor Kraemer (Arbeitgeber): Ich habe eine Erörterung der Gesamtlage abzuhandeln und ichlaue vor, daß die Ausschüsse in einer gemeinsamen geschlossenen Sitzung morgen Donnerstag Mittelnachmittag der Regierung über die Einzelheiten entgegennehmen. Der Reichswirtschaftsrat habe den Schwerpunkt in die Ausschüsse gelegt, weil er sachliche Arbeit leisten wolle. Wir seien zur Arbeit verpflichtet, wir wollen uns nicht an den Reichswagen hängen, sondern wollen uns neben den Reichswagen setzen, um ihm nicht in die Regel zu fallen, sondern um ihm den Weg zu weisen. Dabei muß uns aber auch die Regierung unterstützen, nicht nur der Reichskanzler, sondern auch die anderen Behörden. (Sehr richtig!) Der Vorschlag Kraemer wurde angenommen.

Hr. Veiper (Arbeitnehmer): Mein Einspruch dagegen, daß die Arbeitgebervertreter in einer Einberufung zu den Wirkungen des Ultimatum einseitig Stellung genommen haben, falls es angenommen werden sollte, und dann in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Reichswirtschaftsrates bei der Regierung persönlich vorstellig geworden sind, um auf diese bei ihrer Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Ultimatum Einfluß zu nehmen. (Hört hört! bei den Arbeitnehmern.)

Hr. v. Braun (Arbeitgebervertreter): Mein Antrag auf Einberufung des Plenums war auch vom Vorstand des Reichswirtschaftsrates abgelehnt worden. Ich habe deshalb den Ausschüssen die Arbeitgeber der Abteilung I zusammenrufen lassen. In dieser Sitzung ist die Frage beschlossen worden, und es ist dann nicht ein Beschluß der Abteilung I, sondern eine Stellungnahme der im Reichswirtschaftsrat vereinigten Arbeitgeber ergangen. (Zuruf: Das ist das Beste!) Da kein Ministerium irgendeine Mitteilung dieses Beschlusses ergangen. Solange wir noch eine Monarchie hatten, durfte sich jeder Unterthan ohne Form an seinen König wenden. (Guterweise!) In einem demokratischen Staat muß es möglich sein, sich an die Reichsregierung zu wenden.

Darauf trat der Reichswirtschaftsrat in die Besprechung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat ein. Im Anschluß an darüber ein Kompromiß zustande gekommen. Dennoch finden auf die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung, die für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Weitere Betriebsbeschränkungen wegen der Sanktionen
Am 8. Juni. Die Arbeitslosigkeit infolge der durch die Vollmaßnahmen entstandenen Abwicklungsarbeiten steigt immer weiter an sich. In Duisburg sind drei größere Werke mit Betriebsbeschränkungen und Freischichten gezwungen worden. Auch die Hütte Phönix in Düsseldorf hat einen Teil ihrer Arbeiter entlassen müssen.

Deutschland und der Völkerbund.

Die Union der Völkerbundvereinigungen, die gegenwärtig in Genf tagt, hat mit Einmütigkeit eine Entschließung angenommen, in der sie den Wunsch ausdrückt, daß Deutschland so bald als möglich in den Völkerbund aufgenommen werde. Sie hat aber noch ein weiteres geäußert, nämlich die Aufnahme Deutschlands in ihren eigenen Verband vollzogen. Diese beiden Tatsachen sind zweifellos Anzeichen dafür, daß die Entscheidung über den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund in greifbare Nähe gerückt ist. Gerade diese unmittelbare Nähe eines für uns in mannigfacher Hinsicht bedeutungsvollen Schrittes macht es zur Bedingung, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sich darüber klar wird, was der Vollzug seiner Aufnahme in jene Liga der Nationen für seinen Einfluß auf die fernere Gestaltung seiner Schicksale ausüben kann, ja, ob es sich überhaupt empfiehlt, diese Art Zusammenschluß von Völkern durch eine Beitrittserklärung zu haben. Darüber zu beschließen, muß als die Aufgabe des ganzen Volkes angesehen werden, daß in Angelegenheit der Tragweite des Entschlusses keinesfalls in die Ermächtigung einer Zufallsregierung gehandelt werden, die uns sonst leicht bei ihrem gelegentlichen Rücktritt neben dem angenommenen Ultimatum auch dieses Danckerkenntnis noch hinterlassen könnte. Denn daß es sich hierbei um eine äußerst gefährliche Sache handeln würde, darüber kann bei einiger Kenntnis des Lebens dieses Bundes und der von ihm bisher verfolgten Politik kaum ein Zweifel aufkommen.

Die Bestimmungen des dem Verfallener Vertrag vorangehenden Statuts brachten es mit sich, daß sich der Bund über kurz oder lang entspannen mußte, was er selbst nach dem Urteil Lord Cecil's und Wood Georges ist, nämlich als eine Allianz der Siegerstaaten, die in ihm bisher nur ein Mittel sahen, die Errungenschaften des Verfallener Diktats mit Hilfe der Welt zu festigen. Ein Blick auf die Zusammenfassung des Bundes und die verschiedene Berechtigung seiner beiden Hauptorgane, des Rates und der Bundesversammlung, macht das deutlich. Der Rat umfaßt als ständige Mitglieder nur Vertreter der alliierten Hauptmächte, also Englands, Frankreichs, Italiens und Japans, denen noch vier, in gewissen Abständen neu zu wählende Vertreter aus der Menge der übrigen Bundesnationen beigegeben sind. In der Versammlung tummelt sich, wie im Vorhof des Allerhöchsten die Scher der Delegierten kleiner, bedeutungsloser Völker. Trotz der an sich vertraglich festgelegten Gleichberechtigung beider Bundesorgane hat es sich seit dem Tage des Völkerbundes gezeigt, daß der Bundesrat der Versammlung bei weitem überlegen ist, daß er es vermag die Entscheidung über Fragen an sich zu ziehen, die eigentlich vor das Forum aller Bundesmitglieder gehörten. Man braucht zum Beweis dieser Behauptung nur auf die im Februar geflogenen Verhandlungen des Bundesrats über die Verteilung der Mandate zurückzublicken. Als dieses heisse Thema um die Mitte des Dezembers im vorigen Jahre vor der Vollversammlung zur Debatte gelangte, zeigte es sich, daß die Schwierigkeiten der Entscheidung durch eine so westmännlich und vielstimmige Versammlung, wie es die Bundesversammlung nun einmal ist, unüberwindlich waren; letzten Endes hatten auch in der Versammlung nur der englische und der französische Vertreter über die Lösung der Frage geurteilt, ohne zu einem Ende zu kommen. Das war natürlich, also daß der Rat die bedeutungsvolle Angelegenheit auf das Programm seiner nächsten Tagung setzte und sie selbstverständlich nicht zu Ungunsten seiner Mitglieder entscheiden hätte, wenn nicht noch in zwölfer Stunde Amerika dagegen Einspruch erhob. Neben dieser ausgemachten Einseitigkeit und Ungerechtigkeit in der Zusammenfassung und tatsächlichen Bevorzugung des führenden Bundesorgans, das wie eine andere als englisch-französische Interessenpolitik machen wird, rückt die Machtlosigkeit des Bundes das ganze Amt in ein bezeichnendes Licht! Solange es gilt, die Politik der beiden führenden Mächte zu führen, wird es niemals an ausführenden Kräften fehlen; wenn es sich aber darum handelt, die Rechte eines kleinen oder unterdrückten Staates nachdrücklich zu vertreten, wie es u. a. im Falle Litauens und des polnischen Ueberfalls auf Wilna sich verhielt, dann können, wie die Ereignisse beweisen, nur die niedrigeren und schwächeren Mitglieder der Versammlung in Wirklichkeit überhaupt nicht, da es den Völkerbundmächten (wie England und Frankreich!) auf Verwendung von Kompensationen mit Rußland und der Schweiz antworten mußte. Die niederdrückendsten Beispiele für die eigentümliche schiedsrichterliche Tätigkeit, für die Unbilligkeit und Parteilichkeit dieses Arcopags der Völker haben wir an eigenen Leibe erfahren müssen. Wir brauchen nur an Spanien und Malmedy und an den deutschen Protest gegen die „Sanktionen“ zu denken, um in unserer Erinnerung ein Bild von der Auffassung zu gewinnen, die die Völkerbundmitglieder über einen ihrer wesentlichen Programmpunkte, die territoriale Unverletzlichkeit mit sich herumtragen. Außer daß Lord Robert Cecil in der Denkschrift der englischen Völkerbundgesellschaft das deutsche Ansehen an dem Völker-